

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Großer Sportteil

Druck u. Verlag: Leipzig & Reichardt, Dresden-N. 1, Marienstraße 38/32. Fernruf 25241. Postfachkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberverwaltungsamt Dresden.

Verlagspreis 12. Vierteljahr 30. Einzelhefte 4. Abonnementpreis 11.50. Postgebühr nach Stellen 2. Familienabonnent u. Gutsbesitzer 10.00. Einzelhefte 4. Vierteljahr 30. Postgebühr 2.00. — Nachdruck nur mit Genehmigung des Verlegers. Unverlangte Sendungen werden nicht aufbewahrt.

v. Ribbentrop vor dem Nichteinmischungsausschuß

Unser Standpunkt in der Freiwilligenfrage

Zurückziehung und Garantien - sonst Handlungsfreiheit

London, 17. Oktober.

Am Sonnabend trat in London der Nichteinmischungsausschuß wieder zusammen. Die Vertreter Deutschlands und Italiens legten ihren Standpunkt klar. Botschafter v. Ribbentrop stellte eindeutig klar, daß nicht Deutschland und Italien die Schuld an der gegenwärtigen unbefriedigenden Lage treffe, sondern daß Sowjetrußland sie verursacht habe. Er verlangte außerdem im Rahmen einer vorläufig teilweisen Zurückziehung der spanischen Freiwilligen entsprechende Garantien. Zum Schluß kündigte er an, daß auch Deutschland sich aller Voraussicht nach Handlungsfreiheit nehmen würde, wenn die anderen Mächte das täten.

In der Sonnabendmorgensitzung des Nichteinmischungsausschusses wurde beschlossen, einen französischen Vorschlag den Regierungen zu unterbreiten, der aus folgenden fünf Punkten besteht:

1. Sämtliche Ausländer in Spanien, die Kriegsdienste leisten, sollen so schnell wie möglich zurückgezogen werden.
2. Sobald ein Ausbruch in Spanien an Ort und Stelle feststeht, daß die Zurückziehung der Freiwilligen in ausreichendem Maße im Gange ist, sollen beide Parteien in Spanien beschränkte kriegsführende Rechte erhalten.
3. Sämtliche Mitglieder des Nichteinmischungsausschusses sollen ihren gesamten Einfluß bei den Regierungen in Salamanca und Valencia ausüben, um diese zur sofortigen Entlassung einer proportionalen Anzahl von Freiwilligen zu veranlassen.
4. Sämtliche Mitglieder des Nichteinmischungsausschusses sollen sich noch einmal feierlich verpflichten, keine Freiwilligen und kein Material für Luftkriegszwecke nach Spanien zu schicken.
5. Der Bericht von Dulm-Hemming, der eine Wiederherstellung und Verwirklichung der Kontrolle vorsieht, soll sobald als möglich der jetzigen Lage angepaßt und in Kraft gesetzt werden.

Ferner wurde beschlossen, einen italienischen Erklärungsantrag an diesem französischen Vorschlag den Regierungen zu unterbreiten. Zur Besprechung der Stellung-

nahme der Regierungen soll der Ausschuss am Dienstag um 10 Uhr wieder zusammentreten.

Der Verlauf der Sitzung

In der Sitzung ergriff zunächst der französische Vertreter das Wort, um den Vorschlag seiner Regierung eingehend zu begründen. Er knüpfte hieran die Feststellung, daß die französische Regierung, falls sich nicht in kurzer Zeit eine Lösung des Freiwilligenproblems ergebe, sich die volle Freiheit des Handels zurücknehmen werde. Lord Plymouth unterstützte den Vorschlag der französischen Regierung und erklärte, daß auch die britische Regierung sich ihre Handlungsfreiheit vorbehalten, falls die gegenwärtigen Bemühungen scheitern sollten.

Der italienische Botschafter Grandi

Botschafter Graf Grandi betonte hierauf in längeren Ausführungen, daß Deutschland und Italien kein Verstoß an der Versäuerung der Freiwilligenfrage treffe. Die italienische Regierung liehe nach wie vor zum britischen Plan über die Zurückziehung der Freiwilligen. Nach Annahme des französischen Vorschlages erklärte sich Graf Grandi im Namen der faschistischen Regierung bereit, sofort einem Vorschlag zuzustimmen, der eine verhältnismäßige Zurückziehung von Freiwilligen, die gleiche Anzahl auf beiden Seiten, in Spanien ins Auge faßt. Er schloß vor, sich mit diesem Vorschlag sobald als möglich an beide Fronten in Spanien zu wenden und nach Eintreffen die Einzelheiten dieses Vorschlages zu regeln.

von Ribbentrop gegen Entstellung des deutsch-italienischen Planes

Anschließend sprach der deutsche Botschafter v. Ribbentrop, der den deutschen Standpunkt in folgender Rede darlegte:

Herr Vorsitzender! Es sind jetzt zweieinhalb Monate, seitdem ich die Ehre hatte, in diesem Ausschuss zuletz das Wort zu ergreifen. Damals wurde der britische Plan durch das Verhalten der Sowjetunion zum Scheitern verurteilt. Diese Feststellung muß ich nochmals treffen, damit keine Verwechslung der Schuldfrage eintreten kann. Wenn die Delegierten unserer Länder nunmehr hier zusammenkommen, um die Nichteinmischungslage erneut zu prüfen, so kann ich dies im Namen meiner Regierung nur begrüßen. Der Sinn der Zusammenkunft dieses Ausschusses soll, wenn ich ihn recht verstehe, die Wiederherstellung des britischen Planes sein. Auch dies begrüße ich. Meine Regierung hat die Grundzüge des britischen Planes, bestehend aus: 1. der Wiederherführung eines wirksamen Kontrollsystems, 2. weiteren zu treffenden Maßnahmen, um gewisse Vorkämpfer im Überwachungsgebiet durch die Gewährung der Kriegsführungsrechte zu schließen und 3. der Zurückziehung der Freiwilligen, angenommen und steht nach wie vor hieran. Da es aber gut ist, von vornherein klare Verhältnisse zu haben, möchte ich namens meiner Regierung erklären, daß nur die Behandlung des britischen Planes in seiner Gesamtheit hier in Frage kommen kann. Die Behandlung nur eines Teiles des britischen Planes würde uns bald wieder in eine Sackgasse führen.

Was nun die Frage der Freiwilligen und deren Zurückziehung anbelangt, so sind in der internationalen Presse in den letzten Wochen und Monaten so viele abwegige Berichte über die historische Entwicklung dieses Problems sowie solche seltsame Kombinationen über seine weitere Behandlung aufgetaucht, daß ich nicht umhin kann, nochmals die deutsche Einstellung zu diesem Komplex in folgenden Punkten kurz niederzulegen:

Deutschlands Standpunkt früher verpönt

Am 18. August 1936 wurde von Deutschland und Italien der Vorschlag des Verbotes der Ausreise von Freiwilligen nach Spanien gemacht. Der Vorschlag wurde trotz wiederholten Drängens von England und Frankreich nicht angenommen.

Damals wäre es ein Leichtes gewesen, durch die Mächte von außen das Verbot von Freiwilligen nach Spanien zu stoppen. Aber dies wollte man nicht. Denn, nachdem es sich einmal in Spanien befindet, ist es natürlich ein schwereres Problem geworden. Erst zu spät, nachdem die

Freiwilligen nunmehr auch in das nationale Spanien gelangt sind, entschloß man sich zum Verbot. Die Schuld, daß überhaupt Freiwillige in Spanien sind, trifft daher keineswegs Deutschland und Italien.

Am Ende Januar 1937 wurde von der deutschen und italienischen Regierung der Vorschlag der Zurück-

ziehung der Freiwilligen in Spanien gemacht. Auch dieser Vorschlag fand nicht die Gegenliebe Englands und Frankreichs und fiel zunächst unter den Tisch.

Erst später, als dies zweckmäßig erschien, wurde er wieder hervorgeholt. Und nun ist dieser deutsch-italienische Vorschlag seit einiger Zeit das dringende Verlangen Englands und Frankreichs geworden.

III. Wenn daher heute eine gewisse internationale Presse gewisse England und Frankreich als den Vater dieses Gedankens der Zurückziehung der Freiwilligen hinstellt, so muß Deutschland — und ich bin sicher, der italienische Kollege wird für Italien derselben Auffassung sein — dies als eine Entstellung und ein Täuschungsmanöver ablehnen. Deutschland kann niemals Frankreich und England das Recht zubilligen, als Urheber und Fürsprecher des Gedankens der Zurückziehung der Freiwilligen in diesem Ausschuss aufzutreten.

IV. Deutschland und Italien als Urheber dieses Gedankens sind nach wie vor bereit, die Frage der Zurückziehung der Freiwilligen innerhalb des Gesamtrahmens des britischen Planes zu besprechen. Wenn die Diskussion darüber aber fruchtbar sein soll, wenn wir wirklich zu einer Lösung kommen wollen, so muß meiner Auffassung nach die Frage mit dem geordneten Menschenverstand angepaßt werden. Entscheidend sind hierbei meines Erachtens zwei Gesichtspunkte:

1. Die Garantien, die geschaffen werden müssen, damit wirklich sämtliche Freiwilligen von beiden Seiten ausgelöscht werden,
2. Die Garantien, die gefunden werden müssen, damit die ausgelöschten Freiwilligen nicht wieder zurückkehren.

Der erste Punkt hängt vorwiegend von den beiden spanischen Parteien selbst ab, der zweite Punkt von der Fähigkeit dieses Ausschusses, ein wirksames Kontrollsystem um Spanien wiederherzustellen. Gelingt dies nicht, so ist die Auslöschung der Freiwilligen aus Spanien von vornherein sinnlos. Die Frage der Kontrolle ist daher eine primäre und muß gleichzeitig mit der Durchführung der Auslöschung einer befriedigenden Lösung zugeführt werden.

V. Was nun die Einstellung der beiden spanischen Parteien zu dem Problem der Zurückziehung der Freiwilligen betrifft, so ist es meiner Auffassung nach klar, daß General Franco das Recht als kriegsführende Partei anerkannt zu werden, für sich beanspruchen wird. Ich weiß nicht, ob und welche Handlung die Einstellung einiger Ausschussmitglieder seit dem Sommer erfahren hat; aber ich hoffe, daß man sich zu dieser Erkenntnis durchgerungen hat, und daß nunmehr alle im Ausschuss vertretenen Mächte bereit sind, General Franco kriegsführendes Recht zuzuerkennen. Wenn dies zutrifft, so ist meine Regierung bereit, Kriegsführenden Rechte den Valencia-Machthabern trotz schwerster grundsätzlicher Bedenken ebenfalls zubilligen.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Mit Gummiknüppel gegen sudetendeutsche Abgeordnete

Prag, 17. Oktober.

Ueber das Wochenende ereigneten sich im Sudetenland wieder eine Fülle von Zwischenfällen, die durchweg von tschechischer Seite provoziert wurden. Man kann dafür keine andere Erklärung finden als die, daß die tschechischen Behörden anlässlich der bevorstehenden Wahlen in eine Art Angstschwele und Nervosität verfallen.

Nach einem stürzenden Verlauf der großen Amstwahlversammlung der Sudetendeutschen Partei des Wahlkreises Rasin im Stadtheater in Leptitz-Schönau begab sich Konrad Denslein mit seinen Mitarbeitern in die Wohnung des Kreisleiters, Abgeordneten Dr. Jippelius. Als er das Haus wieder verließ, um sich in seinem Wagen, der vor der Haustür parkte, nach Leitmeritz zu begeben, fanden sich rasch etwa hundert Personen ein, um ihn zu begrüßen. Drei Polizisten, die beim Wagen standen, forderten die Leute zum Auseinandergehen auf.

Plötzlich trat eine in Bereitschaft gehaltene Polizeieinheit von 20 bis 30 Mann in Tätigkeit, führte auf den Wagen und die ihn umgebende Menge los und begann, ohne zum Auseinandergehen anzufordern, mit dem Gummiknüppel auf die Menge einzuschlagen. In dem Augenblick, als der Abgeordnete Karl Hermann Franz den Wagen bestiegen wollte, verjagte die Polizei, ihn am Einsteigen zu hindern. Er wurde brutal aus dem Auto zurückgerissen, während ein anderer Polizist mit dem Gummiknüppel zum Schlag gegen ihn ausholte. Franz, der in der linken Hand eine Aktenmappe und seine Abgeordnetenlegitimation hielt, konnte den Schlag mit der rechten Hand abfangen. Darauf härgten sich drei weitere Polizisten auf ihn und schleppten ihn ins Polizeigebäude. Während vier Polizisten Franz an den Armen und am Mantel hielten, schlugen andere über deren Köpfe hinweg auf ihn mit Gummiknüppeln ein.

Zur gleichen Zeit wurde der Abgeordnete Ernst Rundi, der die Polizei auf ihr ungeheürliches Verhalten aufmerksam machen wollte, trotz seiner Legitimation als Abgeordneter gepöbelt und rüddlings über die Treppe hinausgeschoben. Der Abgeordnete Kellner, der auch gegen dieses rüddelnde Vorgehen protestieren wollte, wurde ebenfalls mit Fausthieben mißhandelt.

Die ungläublichen Vorfälle fanden ihre Fortsetzung im Polizeigebäude. Abgeordneter Frank wurde dort erneut mißhandelt. Er wurde durch einen brutalen Faustschlag auf die Halsschlagader verletzt. Mittlerweile hatten sich die Abgeordneten Dr. Jippelius, Sandner und Birke den Einsatz in den Amtsräumen erzwungen. Selbst in deren Anwesenheit ließ ein höherer Polizeibeamter, ohne daß keine anwesenden Vorgesetzten Einspruch dagegen erhoben hätten, Frank mit beiden Händen gegen die Brust. Einer der Verhafteten wurde hinter einem Vorhang von Polizisten derart verprügelt, daß er vor Schmerz gellende Schreie ausstieß.

Dieses Vorgehen tschechischer Polizeibeamten stellt einmal da in der Geschichte der Staaten, die sich bis heute als Träger der europäischen Kultur bezeichnen. Kaum daß man dem Stand der Auslieferung „Rund“ ein Ende setzte, wird nun mit Häufen und Gummiknüppeln gegen deutsche Parlamentarier vorgegangen, die mit ihrer Wahlarbeit nur ihre staatsbürgerlichen Rechte ausüben. Diese Vergewaltigungen, die dem tschechischen Innenministerium allein zur Last gelegt werden müssen, werden bei dem Interesse, das man heute dem Sudetendeutschtum überall entgegenbringt, die europäischen Kulturstaaten aufhorchen lassen. Der Drabtsch darf sich nicht wundern, wenn sich das Deutsche Reich angesichts derartiger Zwischenfälle nicht in der Lage sieht, dem tschechischen Staat mit seiner entgegenkommenden Haltung zu begegnen, die wie sonst gegenüber wirklichen Kulturstaaten anzuwenden geübt sind; denn Prag schließt sich selbst aus der Reihe der Kulturstaaten aus.

en
nach über
vorbringt.
ergeben
da
leferant
es
auf:
190
Se 76
etten.
SIA
Markt 1.
str. 27